

Zehn Thesen zur Bundestagswahl

These 1:

Die anstehenden Bundestagswahlen finden in einer Situation statt, in der die neoliberale Politik in eine Legitimationskrise geraten ist.

Mit der Regierungsübernahme durch SPD/Grüne im Jahr 1998 war die gesellschaftliche Basis des Neoliberalismus verbreitert und oppositionelle Kräfte in den neoliberalen Block eingebunden worden. Heute, nach den Erfahrungen von Agenda 2010 und Hartz IV, geht die Ablehnung der neoliberalen Politik weit über linke Bevölkerungsschichten hinaus. Zwar ist der Neoliberalismus nach wie vor gesellschaftsgestaltend, aber angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation trotz massiver Begünstigung des Kapitals und der Vermögensbesitzer, von Massenentlassungen bei gleichzeitigen Rekordgewinnen wächst der Unmut in der Öffentlichkeit und nehmen die politischen Erklärungsnotwendigkeiten zu. Zur Bekämpfung der Armut fehlen der öffentlichen Hand jene Mittel, die der Staat in den letzten Jahren den Unternehmen und den Reichen als Steuererleichterung geschenkt hat. Auch größere Teile der "Neuen Mitte" und der Kernbelegschaften werden zu Verlierern der Globalisierung und der "Reform"politik. Soziale Polarisierung und Arbeitslosigkeit wachsen, die neoliberalen Versprechungen sind geplatzt. Politik wird ganz unverblümt gegen die Bevölkerungsmehrheit gemacht. Zwei Drittel der Wähler nehmen an, dass es zwar zu einem Regierungswechsel kommen wird, aber dass auch eine künftige Regierung die Probleme nicht lösen wird und eine CDU/CSU-geführte Regierung noch schärferen Sozialabbau betreiben wird.

These 2:

Der Neoliberalismus unterhöhlt das repräsentative parlamentarische System. Die Bindekraft der etablierten Parteien und des politisch-parlamentarischen Systems lässt nach. In dieser Situation hat die politische Linke die reale Möglichkeit, das Kräfteverhältnis der etablierten Parteien aufzubrechen.

Franz Müntefering ist zuzustimmen, wenn er feststellt, dass die Kapitalstrategien die Demokratie gefährden. Allerdings war es die staatliche Politik selbst, die der globalen Herrschaft von Markt und Profit über die gesellschaftliche Steuerung den Weg bereitet und alle gesellschaftlichen Bereiche den Verwertungsinteressen des Kapitals geöffnet hat. Mit dem Ergebnis, dass alle Staaten untereinander in einen Wettbewerb um die besten Bedingungen für die Kapitalverwertung - niedrigste Steuern, Sozialabgaben und Löhne; Schleifung von Arbeiterrechten; Zurückdrängung gewerkschaftlichen Einflusses; etc. - gesetzt sind. Der Staat wird zum Sachwalter einer Politik, die außerhalb der politischen Debatte in der Gesellschaft und im Parlament beschlossen wird. Politische Entscheidungen und Gesetze werden direkt von Vertretern der Großindustrie und der Finanzzentren in kleinen Zirkeln und Kommissionen vorbereitet und über Talkshows (Sabine Christiansen) und Medienevents, die die gesellschaftliche Debatte ersetzen und als Parlamentsersatz dienen, der Bevölkerung vermittelt.

Mit der Umwandlung der SPD in eine Spielart des Neoliberalismus gibt es kaum noch programmatische Unterschiede zwischen den verschiedenen Abteilungen der "neoliberalen Einheitspartei". Es findet keine politische Debatte mehr statt, in der die Interessen der Bevölkerung, der arbeitenden Klasse, eine Rolle spielen würden. Aber

genau diese Debatte, der Streit über politische Lösungswege - wobei es natürlich in der bürgerlichen Demokratie immer darum geht, grundsätzliche Alternativen zu marginalisieren - ist die eigentliche Begründung und Legitimation für das repräsentative parlamentarische System. Immer größere Teile der Bevölkerung fühlen sich von den politischen Parteien nicht mehr vertreten; sie haben keine Stimme mehr im repräsentativen parlamentarischen System.

Weil die Einbindung der arbeitenden Klasse zudem zu einem großen Teil auf der Fähigkeit beruhte, soziale Unsicherheiten abzufedern, wird es in Folge des neoliberalen Umbaus und der damit verbundenen Demontage des Sozialstaates schwieriger, die Menschen einzubinden. Fällt diese Fähigkeit weg, dann verliert das System an Legitimität.

Damit verliert aber der bürgerliche Staat tendenziell seine Fähigkeit zur sozialen und politischen Vermittlung, weil die Basis für eine Organisation stabilerer sozialer Kompromisse, die größere Teile der Gesellschaft einbeziehen, verloren geht. Die Bindekraft der etablierten Parteien und des politisch-parlamentarischen Systems lässt nach. Es wachsen Zweifel an der Fähigkeit des herrschenden Gesellschaftssystems die Probleme "sozialverträglich" zu lösen.

In dieser Situation hat die politische Linke die reale Möglichkeit, das Kräfteverhältnis der etablierten Parteien aufzubrechen.

These 3:

Die neoliberale Hegemonie beruht nicht mehr auf dem aktiven Konsens der Mehrheit der Bevölkerung, sondern gründet sich zunehmend auf Angst und Ohnmachtgefühle.

"Individualisierung", "neue Chancen" im Beruf, Aktien"kultur", Kult des Privateigentums und der Privatisierung, die Verklärung des Marktes als effizientes Mittel zur Verteilung der Ressourcen und zur Regelung der gesellschaftlichen Beziehungen - das waren die Grundlagen für die Herstellung des aktiven neoliberalen Konsens.

Heute treten die Widersprüche schärfer hervor, der aktive Konsens zur neoliberalen Politik geht zurück. An die Stelle der aktiven Zustimmung treten Angst und Ohnmachtgefühle der Beschäftigten wie der Arbeitslosen. Die Angst vor dem totalen sozialen Absturz führt dazu, dass die Belegschaften bereit sind, sich mit unsozialen Lösungen (AZ-Verlängerung, Lohnkürzung, etc.) abzufinden, erzeugt die Zustimmung der Unterworfenen zu den ausbeuterischen Verhältnissen, befördert die Konkurrenz untereinander. Angst und Ohnmachtgefühle fungieren als das entscheidende Mittel, mit dem der Neoliberalismus Zustimmung oder zumindest passives Stillhalten erzwingt.

These 4:

Trotz der durch den Neoliberalismus hervorgerufenen ökonomischen, sozialen und politischen Zerrüttungen wird es zu einer Radikalisierung der neoliberalen Politik kommen, die zunehmend mit staatlichem Zwang durchgesetzt werden muss.

Beim Neoliberalismus handelt es sich nicht um eine von den Herrschenden bevorzugte Politik, die man je nach politischer Konjunktur wählen oder abwählen kann, sondern um eine innere Notwendigkeit des transnationalen Kapitalismus in der heutigen Zeit. Globalisierter Kapitalismus und Neoliberalismus bedingen einander. Deshalb ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Herrschenden auf eine alternative

Politik umschwenken werden. Im Gegenteil, trotz der durch den Neoliberalismus hervorgerufenen ökonomischen, sozialen und politischen Zerrüttungen, werden wir uns auf eine Radikalisierung der neoliberalen Politik einstellen müssen. Diese wird mit zunehmendem Zwang zu ihrer Durchsetzung verbunden sein: Krieg nach außen, Sicherheitsgesetze und Hartz IV nach innen.

Somit entsteht - unabhängig von den künftigen Regierungskonstellationen - die Gefahr einer scharfen Rechtsentwicklung.

These 5:

Wenn die Linke nicht die politische Repräsentation der zahlreichen Globalisierungsverlierer übernimmt, wird sich die extreme Rechte eine Massenbasis verschaffen können.

Mit dem Brüchigwerden der aktiven und passiven Zustimmung zur neoliberalen Politik entsteht eine Situation, in der die Linke ihre gesellschaftlichen Positionen ausbauen kann. Da die politische Linke weit davon entfernt ist, die Krise des repräsentativen parlamentarischen Systems über eine Radikalisierung des Massenkampfes (sozialer Aufruhr, politischer Generalstreik, Besetzung der Betriebe, Verwaltungen und politischen Machtzentren) lösen zu können, muss sie - ob es gefällt oder nicht - die Repräsentation der sozialen Bewegungen innerhalb der politischen Institutionen anstreben. Zugleich geht es darum, den Ausgeschlossenen wieder zu einer Stimme in der politischen Debatte zu verhelfen.

Wenn allerdings die Linke die Interessen und Anliegen der Menschen, die sich von den etablierten Parteien abwenden, nicht aufnimmt, ihnen keine Alternativen anbietet, dann sind die Angst- und Ohnmachtgefühle der Boden, auf dem sich sehr rasch die extreme Rechte eine Massenbasis verschaffen kann.

Es würde dann eine Situation entstehen, in der der Neoliberalismus in einer autoritären Variante - autoritäre Politik von oben kombiniert mit einer extremen Rechten mit Massenbasis von unten - seine Hegemonie wieder festigen könnte. Die Chance für die Linke wäre für längere Zeit vertan.

These 6:

Ein Politikwechsel wird nicht im Parlament, sondern in den Betrieben, im Wohngebiet und auf der Straße durchgesetzt. Aber ein Wahlerfolg der politischen Linken und eine linke Opposition im Bundestag kann den sozialen Bewegungen Auftrieb verleihen.

Für einen Politikwechsel ist die außerparlamentarische Bewegung ausschlaggebend; aber diese braucht Erfolge und sie muss sich auch innerhalb der politischen Institutionen widerspiegeln. Nur so lässt sich eine Veränderung des Kräfteverhältnisses herbeiführen.

Bei einem Zusammenwirken der Linken kann die Forderungen nach einer anderen Politik und die Ablehnung des neoliberalen Gesellschaftsumbaus eine auch parlamentarisch wirksame Stimme erhalten. Von einem linken Bündnis sind deutlich mehr Menschen ansprechbar als von PDS, WASG, DKP alleine.

Ein linke Opposition im Bundestag kann Mut zum Widerstand und zur Veränderung wecken. Sie kann Impulse für die außerparlamentarische Bewegung geben.

These 7:

Bei diesen Bundestagswahlen kann ein Schritt zur Herausbildung eines gesellschaftlichen und politischen Blockes gegen den Neoliberalismus, zur Bildung eines progressiven Reformblockes getan werden.

Mit der Bildung eines progressiven Reformblockes geht es um die Erarbeitung eines gemeinsamen Projekt aller Kräfte, die auf Grund ihrer sozialen Lage oder aus weltanschaulichen oder politischen Gründen in Widerspruch zum Neoliberalismus geraten sind: Beschäftigte und Arbeitslose, Umweltschützer, Friedensaktivisten, Frauen, Jugendliche und Studenten, religiöse Menschen, Selbstständige und kleine Unternehmer, unabhängige Medien, Kulturarbeiter und Wissenschaftler.

Sozialer Kern dieses Reformblockes sind zum einen die Belegschaften der großen Betriebe und Verwaltungen, die von Standortkonkurrenz, Restrukturierung und Betriebsverlagerung zerrieben werden; die hochqualifizierten Ingenieure und Informatiker, die vor kurzem noch an den Segen einer neuen Ökonomie glaubten und jetzt verunsichert oder gar freigesetzt sind; der wachsende Teil der in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten und zum anderen die vielen Ausgegrenzten und Armen, die aber außer ihrer Armut wenig gemeinsam haben.

Der Grundkonsens dieses progressiven Reformblockes liegt im gemeinsamen Anliegen:

- die sozialen Grundlagen der Gesellschaft zu erhalten und auszubauen,
- die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen,
- eine Wirtschaftspolitik aus Markt, Staatsinterventionismus und solidarischer Verteilungspolitik zu betreiben, (dieses Konzept ist offen sowohl für Linkskeynesianer wie auch für marxistische Positionen)
- die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistung sowie der sozialen Sicherungssysteme zu stoppen und rückgängig zu machen,
- die Demokratie zu erneuern, auf Basis der Partizipation und der sozialen Selbstorganisation der Menschen,
- für Solidarität als gesellschaftliches Grundprinzip zu wirken.

Im Zentrum der zu erkämpfenden Reformen steht die Rückgängigmachung der antisozialen und antidemokratischen Gesetze der zurückliegenden Zeit, eine Steuerreform, die Erneuerung des Sozialstaates und der Demokratie, der Ausbau der individuellen und kollektiven Rechte der Beschäftigten und die Förderung der Selbstbestimmung. Die Macht des Marktes und der Multis, die Freiheit des Kapitals muss eingeschränkt, Privatisierungen gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die öffentlichen Dienstleistungen müssen ausgebaut werden. Da die mangelnde Binnennachfrage eine der Ursachen der Krise ist, muss die Kaufkraft durch Erhöhung der Löhne und Renten, des Arbeitslosengeldes und der Stipendien gestärkt werden.

These 8:

Der Reformismus befindet sich in einer strukturellen Krise. Globalisierung und neoliberale Umwandlung haben dem Reformismus den ökonomischen Boden entzogen. Deshalb muss Reformpolitik auf die politische Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, v.a. der Multis, orientieren. Ohne Eindämmung der ökonomischen und politischen Macht der Multis und der Macht der Finanzmärkte wird es keinen Politikwechsel und keinen Bruch mit dem Neoliberalismus geben können.

Der Reformismus befindet sich in einer strukturellen Krise, die weit über Globalisierung und neoliberale Umwandlung haben dem Reformismus den ökonomischen Boden entzogen. Die Logik des heutigen, globalisierten Kapitalismus ist inkompatibel mit sozialstaatlicher Regulierung. Eine Rückkehr zum Sozialstaat der 60-er und 70-er Jahre oder ein keynesianisch gezähmter Kapitalismus ist weder unser Ziel noch ist dies im heutigen Kapitalismus möglich.

Es war eine ganz bestimmte historische Konstellation - geprägt von den inneren ökonomischen Bedingungen wie auch die äußeren der Systemkonkurrenz -, auf deren Basis der sozialstaatliche Klassenkompromiss möglich war. Beide Aspekte treffen heute nicht mehr zu.

Die Erfahrungen der sozialen Kämpfe in Europa zeigen, dass es selbst bei großen sozialen Bewegungen und Kämpfen (siehe z.B. Italien, Frankreich, Spanien) außerordentlich schwierig ist, soziale Rechte zu verteidigen.

Auch in den zurückliegenden Jahrzehnten mussten Reformen immer gegen den Widerstand der Unternehmer erkämpft werden. Aber wenn sie erkämpft waren, dann wurden sie in das Regulierungsmodell bzw. in die Logik des Nachkriegskapitalismus eingebaut. Sie waren damit Ausgangspunkt in den weiteren Auseinandersetzungen für weitere Verbesserungen.

Diese Reformen waren Bestandteil des Regulationsmodells des Kapitalismus der Nachkriegszeit. Die sozialstaatliche Regulierung hatte nämlich nicht nur einen sozialpolitischen Aspekt (Absicherung in Notfällen), sondern durchaus auch eine ökonomische Funktion: die Sicherung der Masseneinkommen auch in konjunkturellen Schwächeperioden, bei Krankheit und im Alter verhinderte eine stärkere Absenkung der stark auf den Binnenmarkt orientierten Akkumulationsdynamik und ermöglichte eine zügige Ausbreitung einer der fordistischen Massenproduktion entsprechenden Lebens- und Konsumweise.

Im heutigen Kapitalismus muss jeder Cent, jede Minute Arbeitszeitverkürzung nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Logik des globalen Kapitalismus durchgesetzt werden. Obwohl heute die Arbeitsproduktivität so stark wie nie zunimmt, wird der dadurch erzeugte Überschuss an gesellschaftlichem Reichtum dem Mechanismus der Umverteilung entzogen. Das transnationale Kapital tendiert dazu, jede Investition in die Gesellschaft zu bekämpfen, weil sie als inakzeptabler Entzug von, für den Überlebenskampf auf dem Weltmarkt benötigten Ressourcen betrachtet wird. So ist die wachsende und sich verfestigende Armut ein strukturmäßiger und funktioneller Bestandteil dieses auf den Weltmarkt gerichteten Modells. Daher sind erkämpfte Errungenschaften nicht mehr Ausgangsbasis für weitere Kämpfe, sondern ständigen Angriffen ausgesetzt.

Das bedeutet nicht, dass die Kommunisten den Kampf um Reformen aufgeben, weil diese ohnehin nicht durchzusetzen sind. Allerdings kann Reformpolitik der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, v.a. der Multis, nicht ausweichen, sondern muss sogar auf sie orientieren; (z.B. in der Steuerpolitik, der Gesundheitspolitik, bei der Reform der sozialen Sicherung, ..). Sozialstaatliche Regulierung wird sich - wobei offen ist, ob das in der Phase des globalisierten Kapitalismus überhaupt möglich ist -, nur noch durchsetzen lassen, wenn die sozialen Bewegungen, v.a. die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse

den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen. Für den Bruch mit dem Neoliberalismus und einen Politikwechsel muss die Macht der Finanzmärkte, der Banken und der Multis eingeschränkt und gebrochen werden.

Da dies in einem Lande nicht realisierbar sein wird, wird damit auch die Veränderung Europas auf die Tagesordnung gesetzt.

These 9:

Im Zentrum für die Durchsetzung einer anderen Politik steht nicht der Zusammenschluss von PDS und WASG, sondern die Entwicklung der Bewegung und die Schaffung eines gemeinsamen Projektes der Bewegungen und der linken Parteien.

Das Wahlbündnis keine Angelegenheit, die in traditionalistischer Art und Weise von PDS und WASG in kleinen Parteizirkeln ausgehandelt werden kann, sondern dieses Wahlbündnis ist eine Angelegenheit der sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung, der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung, der linken Gewerkschafter, der Linken insgesamt - alle müssen sich jetzt einmischen und neue Formen der Zusammenarbeit finden. Auf diesem Weg kann auch die Krise des repräsentativen Systems auf progressive Weise aufgehoben werden.

Aber auch eine linke Opposition im Bundestag braucht die außerparlamentarische Bewegung. Sonst wird sie in den Parlamentarismus integriert und verliert ihr Profil.

These 10:

Für ein alternatives Projekt ist die Autonomie der antikapitalistischen Kräfte innerhalb des Reformbündnisses, stärkere Beiträge der marxistischen Linken und ein Wachstum der Bewegungen eine unverzichtbare Notwendigkeit

Der Reformblock gegen den Neoliberalismus wird von reformistischen Kräften dominiert. Trotzdem sollten wir uns als DKP nicht von diesem Prozess ausschließen, um ihn von außen zu kritisieren. Die DKP und die anderen marxistischen bzw. antikapitalistischen Kräfte sollte sich bemühen, Teil dieses Verständigungsprozesses zu sein. Unverzichtbar ist allerdings das eigenständige Auftreten und die Autonomie der DKP und der anderen antikapitalistischen Kräfte im Rahmen des Reformbündnisses, da sie ansonsten von der reformistischen Linken absorbiert werden. Die Aufgabe der DKP und der anderen marxistischen Kräfte liegt weniger darin, "radikalere und weitergehende Forderungen" zu entwickeln, sondern in der Erarbeitung politischer Strategien zu ihrer Durchsetzung. Dabei steht der außerparlamentarische Kampf um den Inhalt des Reformprogramms und die Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterbewegung, und der sozialen Bewegungen im Zentrum.

In diesen Auseinandersetzungen muss die marxistische Linke zu der Erkenntnis beitragen, dass ein Politikwechsel ohne Eingriffe in die monopolistischen Eigentums- und Verfügungsrechte nicht zu haben ist. Auf diesem Wege können dem Kapital Zugeständnisse abgerungen und kann die Einsicht wachsen, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, weil er keines der Probleme der arbeitenden Menschen lösen kann und zum Hemmnis der Entwicklung der Menschheit geworden ist.

Leo Mayer